

SVP Klartext

Jetzt Mitglied werden
unter svp.ch/mitglied

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Oktober 2025

**Ausländer-
kriminalität
eskaliert**

Seite 4



**Der EU-Unter-
werfungsvertrag
kostet uns Milliarden**

Seite 11



**Juso-Initiative:
Angriff auf
den Mittelstand**

Seite 13



Asyl-Chaos ENDLICH STOPPEN!



Grenzschutz-Initiative eingereicht



AZB, 3001 Bern Post CH AG, SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach
Preis Fr. 35.– jährlich – erscheint sechs Mal jährlich – 48'302 Expl.
svp.ch – klartext@svp.ch – Oktober 2025
Gestaltung Klartext: GOAL AG



Sie schrecken vor nichts zurück

Gewalttätig, antisemitisch, freiheitsfeindlich, antidemokratisch: Die grosse Gefahr für die Schweiz kommt von Links.

In London gehen über 100'000 Menschen auf die Strasse und protestieren gegen die katastrophale Migrationspolitik der Regierung. Die Bürger wehren sich.

Bei uns können sich die Schweizerinnen und Schweizer mit Volksinitiativen und Referenden wehren. Deshalb haben wir die Grenzschutzinitiative gegen den Asylmissbrauch eingereicht und die Nachhaltigkeitsinitiative «Keine 10-Millionen Schweiz». Das Volk ist bei uns der Chef. Das ist in keinem anderen Land der Welt so.

Nun wollen uns die EU-Turbos diese demokratischen Rechte nehmen: Mit dem geplanten EU-Unterwerfungsvertrag. Die Schweiz müsste künftig automatisch EU-Recht übernehmen und sich dem Europäi-

schen Gerichtshof unterstellen. Mit dem EU-Unterwerfungsvertrag wird unsere direkte Demokratie abgeschafft.

Gewalt gegen SVP-Volkstreter

Bei den Migranten-Krawallen in Lausanne wird ein SVP-Vertreter von Linksextremisten und Dunkelhäutigen verprügelt. In Zofingen wird ein SVP-Grossrat von einer Gruppe spitalreif geschlagen. Sie hatten gemäss Täterbeschreibung Migrationshintergrund. In Amerika wird ein konservativer Podcaster und Familienvater brutal ermordet. Die vermeintlich Toleranten setzen auf massive Gewalt. Sie schrecken vor nichts zurück.

Die Linken missbrauchen Universitäten, um den Hass gegen Israel zu verbreiten.

Ihr Idol – SP-Nationalrat Fabian Molina – wollte sogar eine spezielle Kennzeichnung von Produkten aus Israel. Die jungen Sozialisten unterstützen offiziell eine antisemitische Bewegung, die den generellen Boykott israelischer Güter und Dienstleistungen fordert.

Gewalttätig, antisemitisch, freiheitsfeindlich, antidemokratisch: Die grosse Gefahr für die Schweiz kommt von Links.

Marcel Dettling

Nationalrat und Präsident der SVP Schweiz





Ich wurde von drei jungen Männern spitalreif verprügelt. Meine Partei machte öffentlich, dass die Täter mit ausländischem Akzent sprachen. Die SP Aargau hat uns daraufhin «Hetze» und «Vorverurteilung» vorgeworfen. Wir haben es weit gebracht in der Schweiz.



Von René Schindler,
SVP-Einwohnerrat
der Stadt Zofingen und
SVP-Grossrat Kanton Aargau

Am 4. Juli 2025 wurde ich Opfer eines körperlichen Übergriffs. Nach dem Zapfenstreich des Kinderfestes in Zofingen befand ich mich auf dem Rückweg zu meinem PW, wollte einen Streit zwischen drei jungen Männern schlichten und wurde selbst zum Opfer.

Die drei jungen Täter haben mit starkem ausländischem Akzent gesprochen. Meine Partei, die SVP Aargau, hat in der Folge eine Medienmitteilung veröffentlicht und geschrieben, dass die noch unbekannte Täterschaft einen Migrationshintergrund habe. Die SP des Kantons Aargau kritisierte dies in der Folge in einer Medienmitteilung als Hetze und Vorverurteilung. Die Kantonspolizei ihrerseits sucht bis heute nach drei Männern, die «Deutsch mit ausländischem Akzent» gesprochen haben.

Wie soll die Polizei noch fahnden?

Wir haben es weit gebracht in unserem Land: Man kann abends nicht mehr sicher durch Bahnhöfe und über Plätze gehen und man darf auch nicht mehr sagen, was Sache ist. Warum soll es Hetze sein, wenn man sagt, dass ein Mensch einen Migrationshintergrund hat? Und warum darf man aufgrund eines auffälligen ausländischen Akzents nicht auf einen Migrationshintergrund schliessen? Darf man

auch nicht sagen, dass ein Mensch mit breitem Berndeutsch mutmasslich aus dem Kanton Bern kommt?

Ich frage mich, wie die Polizei künftig nach unbekanntem Tätern fahnden soll, wenn man nicht mehr sagen darf, ob diese ein asiatisches, afrikanisches oder europäisches Aussehen, blonde, schwarze oder gar keine Haare mehr haben. Wie sucht man denn politisch korrekt nach unbekanntem Tätern?



Politisch
motivierte Gewalt gegen
den SVP-Grossrat René Schindler

Nicht-integrierte Zuwanderer sind verantwortlich für die Gewalt gegen Frauen



Durch die Zuwanderung gerade aus muslimischen Ländern importieren wir Kriminalität. Bei den Gewaltdelikten sind beispielsweise Syrer und Afghanen gemäss Kriminalstatistik stark überrepräsentiert.



Von Nina Fehr Düsel,
Nationalrätin,
Küssnacht (ZH)

Vor wenigen Wochen ist eine junge Frau im Zürcher Tram bewusstlos geschlagen worden. Der Täter ist ein 28-jähriger Syrer. Die Polizei war mit linken Krawall-Demonstrationen bei der Kaserne beschäftigt und hatte keine Kapazität, um auszurücken. Später konnte der Täter immerhin gefasst werden. Nach einer Amokdrohung und Morddrohungen an einer Luzerner Schule sind kürzlich ein Afghane und ein Syrer verhaftet worden. Fast täglich kommt es zu Einbrüchen und Diebstählen – die Täter sind in der Regel nordafrikanische Asylanten. Auch der Forensiker Frank Urbaniok belegt, dass diese Nationalitäten bei Ge-

waltdelikten und anderen Delikten herausstechen.

Die Doppelmoral der Linken

Auch bei häuslicher Gewalt und

bei Mord an Frauen spielen die kulturellen Hintergründe eine Rolle. Insbesondere muslimische Zuwanderer importieren häufig die patriarchalen Strukturen ihrer Herkunftsländer. Die Frau hat in diesen Ländern auch heute noch viel weniger wert. Ehrenmorde sind leider nicht selten. Die linken Feministinnen zeigen hier eine Doppelmoral. Sie stehen für Frauenrechte ein, aber haben nichts gegen die Zuwanderung aus muslimischen Ländern.

Das Beispiel Pruntrut sollte Schule machen

Couragiert sind dagegen die Behörden der jurassischen Gemeinde Pruntrut vor-

« Fast täglich kommt es zu Einbrüchen und Diebstählen – die Täter sind in der Regel nordafrikanische Asylanten. »

gegangen. Nach Pöbeleien und Belästigungen namentlich durch Nordafrikaner aus dem nahen Frankreich haben sie Ausländern ohne

Aufenthaltsbewilligung den Zugang zur Badi verwehrt. Die Badi zieht heute eine positive Bilanz.

Nicht-integrierte Zuwanderer sind insbesondere für die Gewalt gegen Frauen hauptverantwortlich. Die Linken sollten dies endlich anerkennen.

Kriminelle Ausländer und Asylanten sind ohne Wenn und Aber auszuschaffen. Oder gar nicht erst in unser Land zu lassen, wie dies die kürzlich eingereichte Volksinitiative «Asylmissbrauch stoppen! (Grenzschutz-Initiative)» der SVP fordert.

Mit der Grenzschutzinitiative das Asylchaos stoppen!

Die illegale Migration in die Schweiz ist ungebremst hoch. 2024 kamen erneut knapp 30'000 sogenannte «Asylsuchende» in unser Land. Dabei handelt es sich vor allem um junge muslimische Männer ohne Kenntnisse einer Landessprache und mit nur rudimentärer Schulbildung.



Von Thomas Aeschi,
Nationalrat und
SVP-Fraktionspräsident,
Baar (ZG)

Seit dem Jahr 2000 wurden in der Schweiz mehr als eine halbe Million Asylgesuche gestellt. Die Mehrheit der Asyl-Migranten kommt mit Hilfe von kriminellen Schlepperbanden. Sie durchqueren unzählige sichere Drittstaaten, um ausgerechnet in der Schweiz ein Asylgesuch zu stellen. Kosten und Kriminalität explodieren. 2021 gab der Bund für den Asylbereich 1,5 Milliarden Franken aus. Inzwischen sind es bereits 3,8 Milliarden.

Die Schweiz hat die Kontrolle über ihre Landesgrenzen praktisch aufgegeben – für den Grossteil der Entwicklungsländer besteht über die Asylschiene faktisch ein Einwanderungsrecht. Diese Leute landen mehrheitlich im Sozialstaat – und die arbeitende Bevölkerung muss zahlen für: Wohnungsmieten, Krankenkassenprämien, Sozialhilfe, Lebensunterhalt, Integration, Schulen usw.

Am 24. September 2025 hat die SVP Schweiz darum die Volksinitiative «Asylmissbrauch stoppen! (Grenzschutz-Initiative)» eingereicht.

Die wichtigsten Punkte:

- Kein Asyl für illegale Migranten, die mit Schlepperbanden über sichere Drittstaaten wie beispielsweise Italien oder Österreich zu uns kommen.

- Höchstzahl von maximal 5'000 echten Flüchtlingen pro Jahr.
- Personen mit abgelehntem Asylgesuch erhalten kein Bleiberecht mehr in der Schweiz.
- Kontrollen an den Schweizer Landesgrenzen, um die illegale Migration zu stoppen.

Allein in dieser Legislatur hat die SVP fünf ausserordentliche Debatten durchgesetzt und über 250 Vorstösse gegen das Asyl-Chaos eingereicht. Doch die anderen Parteien und SP-Bundesrat Jans blockieren unsere Lösungsvorschläge. Es ist höchste Zeit:

Jetzt muss die Schweizer Bevölkerung ein Machtwort sprechen!

5 ausserordentliche Sessions der SVP: Die anderen Parteien und SP-Bundesrat Jans unternehmen nichts gegen das Asyl-Chaos!

Liste mit dem wichtigsten Vorstoss pro Session:

Datum a.o. Session	Forderung	Entscheid der Räte
Wintersession 2023 NR: 19. Dez. 2023 SR: 20. Dez. 2023	Korrektur der Praxisänderung in Bezug auf Asylgesuche von Afghaninnen (23.4241 / 23.4247)	Ablehnung NR am 27. Mai 2024 Ablehnung SR am 25. Sept. 2024
Frühjahrsession 2024 NR: 14. März 2024 SR: 13. März 2024	Schutz der Schweizer Landesgrenzen (23.4472 / 23.4448)	Ablehnung NR am 14. März 2024 Ablehnung SR am 13. März 2025
Herbstsession 2024 NR: 24. Sept. 2024 SR: 25. Sept. 2024	Asylsuchende, die ein sicheres Land durchqueren, sind keine Flüchtlinge (24.3056 / 24.3515)	Ablehnung NR am 24. Sept. 2024 Ablehnung SR am 13. März 2025
Frühjahrsession 2025 NR: 10. März 2025 SR: 13. März 2025	Von Dänemark und Schweden lernen: Familiennachzug auf die Interessen der Schweiz ausrichten (24.4320 / 24.4444)	Ablehnung NR am 10. März 2025 Ablehnung SR am 13. März 2025
Herbstsession 2025 NR: 24. Sept. 2025 SR: 23. Sept. 2025	Von Schweden und Dänemark lernen: Asyl nicht mehr unbefristet gewähren. Zurück zum Kerngehalt des Asylrechts (24.4588 / 25.3743)	Ablehnung SR am 23. Sept. 2025 Ablehnung NR am 24. Sept. 2025

11 EU-Staaten kontrollieren ihre Grenzen – nur die Schweiz nicht!

Vor zwanzig Jahren hat das Schweizervolk über Schengen/Dublin abgestimmt. Was versprach der Bundesrat? Weniger Asylgesuche und mehr Sicherheit. Und was ist eingetreten? Mehr Asylgesuche und weniger Sicherheit!



Von Pascal Schmid,
Nationalrat,
Weinfelden (TG)

Die Schengen-Aussengrenzen sind löchrig wie ein Emmentaler. Die Erstaufnahmeländer (zum Beispiel Griechenland oder Italien) schauen weg. Die Überstellungsverfahren sind viel zu kompliziert und die Kosten weit höher als versprochen.

Beim Beitritt zu Schengen/Dublin im Jahr 2008 lagen die jährlichen Asylgesuche bei 10'000 – heute sind es 30'000! Seit dem Beitritt strömten 380'000 Asylmigranten in unser Land – alle über sichere Erstländer. Doch zurückgeschickt wurden nur 40'000.

In den letzten fünf Jahren ist die Kriminalität in der Schweiz um 30 % gestiegen. Jeder vierte Täter ist Asylmigrant, Kriminaltourist oder illegal im Land. Wir importieren Probleme, Gewalt und Kriminalität aus der ganzen Welt. Schengen ist kein Sicherheitsraum, Schengen ist ein Unsicherheitsraum.

Die Linken holen die ganze Welt in unseren Sozialstaat

Bundesrat Jans wollte die Schweiz freiwillig dem EU-Solidaritätsmechanismus anschliessen. Das bedeutet: Noch mehr Asylmigranten und noch mehr Geld ins Ausland. SP und Grüne wollten gar einen neuen Schutzstatus schaffen. Ihr Ziel: Die ganze Welt ist in unserem (Sozial-)Staat willkommen! Die SVP stand weitgehend alleine auf weiter Flur. Immerhin ist es uns gelungen, das Schlimmste zu verhindern.

Heute kontrollieren elf EU-Staaten ihre Grenzen. Nur der Bundesrat will davon nichts wissen. Obwohl bereits der gesunde Menschenverstand sagt, dass Grenzkontrollen nützen. Deutschland beweist es: Die Asylgesuche gingen um 40 % zurück, in Polen sogar um 97 %. Nur in der Schweiz geht der Trend in die andere Richtung.

Nur die SVP schützt die Bevölkerung vor der selbstzerstörerischen Willkommens-Asylpolitik von Mitte-Links. Wir wollen weniger Asylgesuche, weniger Kriminalität und weniger Illegale im Land!

Nur mit der Grenzschutz-Initiative wird es gelingen, das riesige Asylchaos endlich aufzuräumen!



Noch mehr Zuwanderung durch EU- Anbindung



«Sehr klein» seien beim neuen Vertrag mit Brüssel die Folgen für die Zuwanderung. Das behauptet Chefdiplomat Alexandre Fasel. Wahr ist leider das Gegenteil.



Von Thomas Matter,
Unternehmer und
Nationalrat, Meilen (ZH)

Der Ausländeranteil an der Schweizer Bevölkerung hat Ende 2024 mit 27,4 Prozent einen neuen Höchststand erreicht. Allein seit 1990 hat sich die Zahl der ständig anwesenden Ausländer in der Schweiz von 1'127'000 auf 2'480'000 mehr als verdoppelt. Dabei wurden seither über 865'000 Ausländer eingebürgert. Im ersten Halbjahr 2025 kamen über 76'000 Personen in die Schweiz, davon über 56'000 aus dem EU-Raum.

Mit dem EU-Anbindungsvertrag würden ganz sicher noch mehr Zuwanderer in unser Land strömen. Denn der Familiennachzug soll durch die Übernahme der so genannten «Unionsbürgerrichtlinie» nochmals ausgeweitet werden: Von den Kindern über die Enkel bis zu den Schwieger-Grosseltern dürfen alle kommen. Neu erhält jeder EU-Bürger und seine Familie schon nach fünf Jahren «Erwerbstätigkeit» ein Daueraufenthaltsrecht in der Schweiz. Auch wenn er davon eineinhalb Jahre Arbeitslosengeld und/oder ein halbes Jahr Sozialhilfe bezieht.

Wovon so gut wie niemand spricht: Zuwandern via Personenfreizügigkeit dürfen künftig auch alle Bewohner der

neun EU-Beitrittskandidaten, sobald diese definitiv aufgenommen sind – also Albanien, Bosnien-Herzegowina, Georgien, Moldawien, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien, Kosovo und die Ukraine. Auf der Warteliste stehen die Türkei und Armenien.

Wir wollen keine 10-Millionen-Schweiz! Darum müssen wir den EU-Unterwerfungsvertrag unbedingt bodigen. Wir können aber schon vorher reinen Tisch machen – mit einem Ja zur Nachhaltigkeitsinitiative der SVP gegen eine 10-Millionen-Schweiz im Juni 2026. Dann wäre der Unterwerfungsvertrag wohl so gut wie gestorben. Und das wäre für einmal eine freudige Beerdigung!



Jetzt mitmachen
und unterstützen:



New Kia Sportage

Jetzt Probe fahren bei Ihrem Kia Partner.



Movement that inspires



Mehr erfahren.



Zuwanderer sollen nicht länger von unserem System profitieren

Die Gesundheitskosten explodieren: Seit dem Jahr 2000 haben sie sich mehr als verdoppelt. Zu den wichtigsten Kostentreibern gehört die masslose Zuwanderung. Um die Gesundheitskosten endlich in den Griff zu bekommen, sind Reformen dringend nötig.



Von Thomas de Courten,
Nationalrat,
Rünenberg (BL)

Mittlerweile belaufen sich die Gesundheitskosten auf **jährlich über 90 Milliarden Franken** – im Jahr 2000 waren es noch 40 Milliarden Franken. Mit den Kosten explodierenden die Krankenkassenprämien. Dies sind die **drei wesentlichen Kostentreiber**:

1. Das **Bevölkerungswachstum durch die ungebremste Zuwanderung**. Zuwanderer und Asylanten haben sofort vollen Anspruch auf alle Leistungen.
2. Die **staatliche Überregulierung** verhindert Effizienz, Wettbewerb und Innovation.
3. Die **Ausweitung der Leistungen** – zum einen durch den medizinischen Fortschritt und zum andern aufgrund einer fortschreitenden Vollkasko-Mentalität der Versicherten.

Zuwanderer erhalten ab dem ersten Tag in der Schweiz die volle 5-Sterne-Versorgung – ohne je einen Prämienfranken bezahlt zu haben. Wegen der Zuwanderung braucht es mehr Spitalbetten, mehr Ärzte, mehr Pflegepersonal. Noch ärger ist es im Asylbereich. Die Versorgung der Asylanten berappt der Steuerzahler voll, wobei deren Gesundheitskosten deutlich höher sind als in der übrigen Bevölkerung.

Die SVP schlägt eine Reihe von Massnahmen vor. Eine höhere Mindestfranchise für Zuwanderer. Eingeschränkte Leistungen im Asylbereich. Eine Bagatellgebühr für ungerechtfertigte Notfälle. Mehr Eigenverantwortung, weniger Missbrauch. Mehr Effizienz und Transparenz statt Bürokratie, die unser Personal erdrückt.

Spitzenmedizin müssen die Kantone koordinieren, nicht der Bund. Die Verwaltungskosten müssen sinken.

Diese Massnahmen würden Einsparungen in Milliardenhöhe ermöglichen. Das würde sich direkt in tieferen Prämien niederschlagen und die Kaufkraft vieler Menschen in unserem Land erhöhen. Am effektivsten aber wäre, wenn wir die Zuwanderung wieder eigenständig steuern würden – deshalb JA zur Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeits-Initiative)».



**Mehr Zuwanderung –
höhere Gesundheitskosten!**

Jetzt anschauen
und teilen!

7 Thinking Steps zum EU-Vertragspaket

7 Folgen



mit Magdalena Martullo-Blocher

Jetzt
anschauen:



Die wichtigsten Vertragsinhalte und die Folgen für die Schweiz

Friede, Glaube, Harmonie, Hoffnung, Verantwortung, Vergebung, Würde, Liebe, Vertrauen, Versöhnung, Freunde, Leben, Mut, Freiheit, Dank, Gerechtigkeit, Aufbruch, Segen, Toleranz, Familie, Schenken, Wahrheit, Einheit

Zukunft + Werte

Mit Roger Köppel,
Peter Hahne u.v.m.

Kongress
Zukunft + Werte
Samstag, 25.10.2025
Winterthur, Parkarena

ZUKUNFT/CH
MIT WERTEN WERT SCHAFFEN

Jetzt anmelden:
www.zukunft-ch.ch

NEIN zum EU-Unterwerfungsvertrag

Worum geht es?

Der Bundesrat will, dass sich die Schweiz der EU **institutionell unterordnet**.
Das heisst:

- Die Schweiz muss automatisch EU-Recht übernehmen und anwenden
- Die Schweiz muss auch das künftige U-Recht und die ganze EU-Bürokratie übernehmen
- Bei Streitigkeiten hat der EU-Gerichtshof das letzte Wort
- Wenn die Schweiz EU-Recht ablehnt – auch bei einer Volksabstimmung! – darf die EU uns abstrafen
- Unsere direkte Demokratie wird schrittweise abgeschafft
- Die Schweiz verpflichtet sich, Milliarden Franken an die EU zu bezahlen



Für eine Schweiz ohne EU-Anbindung –
hier mitmachen:

unterwerfungsvertrag.ch



Der Unterwerfungsvertrag kostet uns Milliarden ohne Mitsprache – die EU will an unser Geld!

Die EU sucht händeringend nach neuen Nettozahlern. Mit dem Unterwerfungsvertrag müsste die Schweiz Milliarden zahlen – ohne Einfluss auf die Höhe und die Verwendung der Gelder.



Von Lars Guggisberg,
Nationalrat,
Kirchliedach (BE)

Die Kostenlawine für die Schweiz wäre enorm: Gegen drei Milliarden Franken für EU-Programme wie Hori-

zon oder Erasmus+ in den nächsten Jahren. Zusätzlich hunderte Millionen für EU-Informationssysteme und Zusatzkosten in den Bereichen Landwirtschaft, Gesundheit und Strom. Dazu indirekte Milliardenlasten: durch die Zuwanderung in den Schweizer Sozialstaat, für neue Beamtenstellen und wegen der ganzen EU-Bürokratie, die wir übernehmen müssen.

Darüber hinaus verpflichtet sich die Schweiz per Vertrag zu Milliardenzahlungen an die EU: total 2,45 Milliarden bis 2036. Besonders stossend ist dabei: Die wahren Kosten werden verschleiert! Viele Beträge werden gar nicht ausgewiesen. Und wir richten einen permanenten Zahlungsmechanismus ein, den die EU nach Belieben erhöhen kann. Ein Blankoscheck für Brüssel!

Wir haben eine dreimal tiefere Staatsverschuldung

Ein Blick auf die wichtigsten Kennzahlen zeigt, dass wir mit einer institutionellen Anbindung an die EU all unsere Vorteile, die wir aktuell gegenüber dem EU-Verwaltungsmoloch haben, über Bord werfen würden. Beispielsweise haben wir in der Schweiz heute ein dreimal höheres Einkommen pro Kopf, eine dreimal tiefere Arbeitslosigkeit und eine dreimal tiefere Staatsverschuldung. Mit der automatischen Übernahme von EU-Recht droht die Angleichung nach unten – mit weniger Wohlstand für die Schweiz.

Fazit: Dieser Vertrag macht die Schweiz zum dauerhaften Nettozahler der EU – ohne Mitbestimmung, ohne Garantien und mit unkalkulierbaren Risiken. Unsere Steuergelder gehören ins eigene Land, nicht nach Brüssel. Diesen Unterwerfungsvertrag zu unterschreiben, wäre ein historischer Fehler, den wir unbedingt verhindern müssen!



ACHTUNG: Die EU will in Ihre Gesundheit durchregieren!

Der EU-Unterwerfungsvertrag hat brutale Konsequenzen. Das Schweizer Volk darf nur noch zahlen und hat nichts mehr zu melden. Das ist im Hinblick auf unsere Freiheitsrechte problematisch: Mit dem Unterwerfungsvertrag kann die EU Medienzensur, Ausgangssperren und Impfwang in der Schweiz durchsetzen.



Von Rémy Wyssmann,
Nationalrat,
Kriegstetten (SO)

Wussten Sie, dass mit dem Abschluss des neuen EU-Gesundheitsabkommens nicht mehr vom Volk gewählte Vertreter über unsere Gesundheit und Meinungsfreiheit entscheiden, sondern **EU-Gesundheits-Technokraten** in weit entfernten und geschützten Verwaltungspalästen in Brüssel? Dabei geht es keineswegs um Kleinigkeiten. Es geht um **tief eingreifende Massnahmen** wie Impf-, Zertifikats-, Isolations- und Maskenpflichten.

Aber nicht nur das: Wir sollen **EU-Agenturen und Datensammler** in unser Land lassen und diese sollen erst noch alle erdenklichen Privilegien geniessen: **Steuerbefreiung, Immunität vor Strafverfolgung, Befreiung von Einwanderungsbeschränkungen** und vieles mehr. Die neue **WHO-/ EU-Feudalklasse** auf der einen Seite, das hart arbeitende Schweizer Volk auf der anderen Seite, das nur noch zahlen darf, aber nichts mehr zu sagen hat.

Mit dem EU-Vertragspaket dürfen wir im sensiblen Gesundheitsbereich auch nichts mehr wissen. So steht im Vertragstext im besten Brüsseler Bürokrätendeutsch vielsagend, dass als **geheime «Verschlusssachen»** eingestufte Doku-

mente dem Schweizer Volk nicht mehr zugänglich gemacht werden dürfen.

Folge: Sowohl die Schweiz als auch die EU können geheime Impfstoff-Lieferverträge abschliessen. Die Befugnis des eidgenössischen Öffentlichkeitsbeauftragten würde so ausgehebelt und ausländische Pharmakonzerne könnten ihre Impfdosen **auf Kosten des Schweizer Steuerzahlers** zu nicht überprüfbareren Preisen und ohne Haftungsrisiko in der Schweiz verscherbeln. Alles geheim und ohne unternehmerisches Risiko. Dafür mit vollem Gesundheits- und Finanzrisiko für uns Schweizer.





NEIN zum Totalangriff auf den Mittelstand

Die JUSO-Enteignungsinitiative mit ihrer 50-Prozent-Erbschaftssteuer ist einmal mehr ein Angriff auf Familie, Freiheit und Unternehmertum. Sie bedroht Arbeitsplätze, zerstört Familienbetriebe und belastet den Mittelstand massiv.



Von Esther Friedli,
Ständerätin,
Ebnat-Kappel (SG)

Eigenverantwortung, Freiheit und Unternehmergeist sind wichtige Grundpfeiler unseres Landes und unseres Wohlstandes. Die JUSO-Enteignungsinitiative gefährdet dieses Erfolgsmodell im höchsten Masse.

Vermögenswerte ab 50 Millionen Franken sollen mit einer 50-Prozent-Erbschaftssteuer belegt werden. **Mit ihrer Enteignungs-Initiative zielt die JUSO vor allem auf Familienunternehmen.** Viele müssten bei einer Nachfolgeregelung Teile ihrer Firma verkaufen oder

das Geschäft aufgeben, um die hohe Steuerlast zu stemmen. Damit würden Arbeitsplätze bedroht, Unternehmen könnten nicht in den Familien gehalten werden oder wandern ins Ausland ab.

Bereits jetzt verlegen betroffene Eigentümer ihre Wohnsitze ins Ausland, um die Unternehmen in der Familie halten zu können. Das hat mit der Rückwirkungsklausel zu tun, welche die JUSO in ihre Initiative versteckt hat.

Diese linksextreme Initiative vertreibt Unternehmer und gute Steuerzahler. Der Bundesrat rechnet mit bis zu 3,7 Milliarden Franken Steuerausfälle jährlich. Diese Lücke müsste über neue Steuern beim Mittelstand und Gewerbe gestopft werden.

Mit dieser Initiative würden alle verlieren: Der Wirtschaftsstandort Schweiz

würde massiv geschwächt. Wer investiert hier, wenn nach Jahrzehnten harter Arbeit der Staat die Hälfte des Erbes abknöpft? Tatkräftige Gründerinnen und Gründer müssen ins Ausland, damit sie ihre Ideen verwirklichen können. Das wollen wir nicht.

Diese Initiative ist ein ideologischer Frontalangriff auf Freiheit und Eigentum – auf denjenigen Teil der Gesellschaft, der Verantwortung übernimmt, Arbeitsplätze schafft und unsere soziale Sicherheit finanzieren hilft.

Darum braucht es am 23. November ein deutliches NEIN zur linksextremen Enteignungsinitiative

Fakten zur Juso-Enteignungs-Initiative:

So sind die Juso: Nichts arbeiten, dafür die Fleissigen enteignen!

Schon gewusst?



300'000

Familienunternehmen gibt es in der Schweiz.

3'200'000

Männer und Frauen beschäftigen unsere Familienbetriebe und geben ihnen damit Arbeit, Lohn und Auskommen für sich und ihre Familien.

90 %

aller Betriebe in der Schweiz sind von Familien geführt. Sie sind damit das Rückgrat unserer aller Existenz.

ca. 60 %

aller Arbeiter, Angestellten und Lernenden sind damit in einem Familienbetrieb tätig.

2/3

des Schweizer Wohlstandes wird von Familienunternehmen erwirtschaftet.

Und was wollen die Linken mit unseren KMUs machen?

Damit die Linken weiterhin Geld für **unsinnige Klima-Projekte aus dem Fenster werfen können**, wollen sie unsere KMUs zerstören. So will die Juso-Initiative die Erben von Familienunternehmen mit **einer nationalen Erbschaftssteuer von 50% (!)** auf Nachlässe von über 50 Millionen Franken enteignen.

Die Folge: Um diese exorbitanten Steuerbeträge zu begleichen, **müssten Familienunternehmen ihre Firmen verkaufen oder liquidieren**, denn die

Familienunternehmen haben ihr Geld nicht bar unter der Matratze, sondern in ihren Unternehmen, in Maschinen, Gebäuden usw. investiert.

Damit sind über 50%, also mehr als jeder zweite Arbeitsplatz in unserem Land, in Gefahr.

Und warum das alles? Weil Juso und SP für ihre linksextremen Ideen lieber das Geld der anderen ausgeben, anstatt selber zu arbeiten.

Die Juso-Initiative gefährdet unsere Zukunft!

Das darf nicht passieren!
Jetzt mitmachen gegen
Enteignungen auf
www.juso-nein.ch



Wir brauchen keine Experimente, sondern eine starke Armee!

Die sogenannte Service-Citoyen-Initiative schadet unserem Land. Bei der aktuellen Gefahrenlage braucht unser Land kein romantisches Geschwurbel, sondern eine starke, verteidigungsfähige Armee.



Von Walter Gartmann,
Nationalrat,
Mels (SG)

Am 26. Oktober 2023 wurde die Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz (Service-Citoyen-Initiative)» eingereicht. Die Initiative sieht vor, dass jede Person mit Schweizer Bürgerrecht einen «Dienst zugunsten der Allgemeinheit und der

Umwelt» leistet. Dieser Dienst soll über die EO-Regelung vergütet werden.

Das mag gut gemeint sein. Aber diese Initiative ist **nicht praxistauglich**. Zudem ist sie **schädlich** für unser Land, denn sie **würde unsere Armee schwächen** und damit die Sicherheit der Schweizer Bevölkerung gefährden. Denn die Initiative will die bewährte Wehrpflicht durch einen diffusen Bürgerdienst ersetzen, der die militärische Verteidigungsfähigkeit verwässert. Sicherheit ist keine freiwillige Aufgabe für alle, sondern der Kernauftrag

der Armee und unseres neutralen Staates Schweiz.

In einer Zeit wachsender internationaler Spannungen brauchen wir **keine Experimente**, sondern eine starke, einsatzbereite Armee. Statt neue Bürokratie zu schaffen, müssen wir die Armee stärken und konsequent den Zivildienst zurückbinden, der schon heute zu viele vom Militärdienst fernhält. **Deshalb lehne ich die Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz (Service-Citoyen-Initiative)» klar ab!**

GOAL GLOSSAR



Kampagne

Kampagne

<lat.> campus (Feld, Feldzug)

Wer einen Feldzug beginnen will, muss genau wissen, worauf er sich einlässt:
Was ist mein Ziel? Was sind meine Stärken und Schwächen? Was macht mein Gegner?
Was kann an «Unvorhersehbarem» passieren? Nur wer seine Hausaufgaben gemacht hat,
wird erfolgreiche Kampagnen führen können!

Wir helfen Ihnen dabei ...

Wir freuen uns auf Sie!

Nicola Tinner, Geschäftsführer
Alexander Segert, Agenturinhaber
8450 Andelfingen/ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch



AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg



DER NEUE TOYOTA COROLLA **CROSS**

**4x4
HYBRID**



Das meistverkaufte Auto der Welt – neu als SUV mit 140 oder 180 PS Hybridantrieb und intelligentem 4x4. **Jetzt online entdecken**

Corolla Cross 2.0 Hybrid AWD Premium, 132 kW/180 PS, Ø Verbr. 5,3 l/100 km, CO₂, 121 g/km, En.-Eff. D. Service-aktivierte 10-Jahres-Garantie und Assistance oder 185'000 km ab 1. Immatriculation für alle Toyota Fahrzeuge (es gilt das zuerst Erreichte). Detaillierte Informationen finden Sie in den Garantiebestimmungen auf toyota.ch.

